WÄHLEN 2021

WIR KÖNNEN AUCH **ANDERS**

FR.DE/BUNDESTAGSWAHL

FR-WAHLFORUM

Ihr Wunsch zur Wahl

Am 26.9. ist Bundestagswahl. Was wünschen Sie sich von der nächsten Regierung? Was sollte sie als erstes tun?

Bitte schicken Sie uns **maximal drei Sätze**, die Ihren Vorschlag knapp skizzieren, an: **bundestagswahl21@fr.de**. Oder posten Sie unter **www.frblog.de/btw-21**

Eine Auswahl werden wir im Rahmen der Serie „Wir können auch anders" vor der Wahl veröffentlichen.

An den Kopf gefasst

Verhältnis zu China: „Wo ist die Strategie?", FR-Meinung vom 29. April

Schon im Falle des Verkaufs der Robotic-Hightech-Firma Kuka an die Chinesen habe ich mich als ökonomische und politische Laiin an den Kopf gefasst.

Unser privatorientiertes kapitalistische Wirtschaftssystem (ohne Nationalinteresse des Besitzenden) versagt bekanntermaßen vor dem chinesischen Staatskapitalismus (mit dessen nationalem Überbau, der Strategie mit taktischer Zeit und auch dem politisch lancierten Nationalstolz der Bevölkerung). Immobilien, Industrie-Knowhow, Landbesitz gehen peu à peu in chinesische Hand (nicht nur in Deutschland).

Zwar gibt es bei uns auch staatliche Eingriffsmöglichkeiten, um solche Verkäufe im nationalen Interesse zu verhindern. Sie sind aber schwerfällig, oft nicht auf dem Schirm oder nur in wenigen Fällen anwendbar.

Aber hier sind auch die „Veräußerer" angesprochen, die m.E. eine zumindest demokratische Verantwortung tragen, dieses antidemokratische, autoritäre System, nur zu Gunsten des Eigenen, nicht zu begünstigen. Hoffentlich wird zukünftig mehr bedacht, bevor wir uns weiter „selbst ins Knie schießen".

Ute Birn, Frankfurt

Welch ein Irrsinn!

Zu: „Die Welt rüstet weiter auf", FR-Politik vom 26. April

Nicht nur gegen die Corona-Pandemie macht die Welt mobil. Auch die Rüstungsausgaben sind weltweit auf neue Rekordhöhen gestiegen. Diesmal auf 1,644 Billionen Euro. Welch ein Irrsinn! Oder wird jetzt auch mit U-Booten Jagd auf das Virus gemacht? Dann wär's in Ordnung.

Fritz Brehm, Frankfurt

BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210510

FR ERLEBEN

Stephan Hebel und viele andere sind in der Aufzeichnung einer Veranstaltung vom 11. April zu sehen, bei der es um Julian Assange und die Bedrohung der freien Meinungsäußerung ging: „Assange – Fragmente einer Unzeit". Eine Matinee beim Ensemble Modern mit Musik und Diskussion. Kostenlos abrufbar.
Bis Dienstag, 11. Mai
www.FR.de/utopisch

Jens Joachim moderiert eine Gesprächsrunde zum Motto des 3. Ökumenischen Kirchentags „Hinschauen – aufeinander hören – Zusammenhalt stärken" im Rahmen eines Gottesdienstes in der evangelischen Stadtkirche Darmstadt. Mit Dekanin Ulrike Schmidt-Hesse, Jochen Partsch (Grüne, OB Darmstadt) und Wolfgang Koehler sen. (Heinerfest-Präsident).
Samstag, 15. Mai, 17 Uhr
Livestream:
youtube.com/channel/UC11gX-ngPVLHRe15Gi_-cBg

Thomas Kaspar diskutiert auf dem Podium mit Olaf Scholz, dem Kanzlerkandidaten der SPD. FR-Leserinnen und -Leser sind eingeladen, via Stream Fragen an Scholz zu richten. Sie werden zugeschaltet. Bitte bewerben Sie sich bis zum 18.5., 12 Uhr, per Mail an chefredaktion@fr.de.
Mittwoch, 19. Mai, 19 Uhr

Eine verfrühte und leichtfertige Entscheidung

Corona-Lockerungen: Erwiderungen auf „Normalität und Freiheit für alle!", FR-Forum vom 5. Mai

Schon bei der Impfung fragt man sich: Ist das gerecht?

Was wäre Gerechtigkeit? Die absolute Gerechtigkeit gibt es nicht. Gerecht wäre, wenn alle die gleiche Ausgangslage und dann auch noch die gleichen Chancen hätten. Ich schreibe aber keine Abhandlung über ein Thema, sondern einen Leserbrief. Also reden wir von Gerechtigkeit bei der Behandlung von Geimpften und nicht Geimpften.

Es sei gerecht, den vollständig Geimpften größere Freiheiten zu geben als den „Nicht-Geimpften" Wenn es nun nur vom Willen der Betreffenden abhinge, wäre das gerecht. Abgesehen von der Einteilung in Gruppen, auf die die zu Impfenden keinen Einfluss haben bzw. hatten, kommt es aber auch auf den Impfstoff an. Bei zwei gleichzeitig geimpften Personen, ist die mit Astrazeneca geimpfte erst später vollständig geimpft als der gleichzeitig mit einem anderen Impfstoff versehene – und schon bleibt die Gerechtigkeit auf der Strecke. Wenn man noch die sattsam bekannten, sich vordrängelnden „wichtigen" Personen, Würdenträger, etc. bedenkt, dann wird klar, es handelt sich keineswegs um Gerechtigkeit, es geht um Gewinn, um Profit – schlicht: um Wirtschaft, um Kapitalismus.

Dann seid doch wenigstens ehrlich! Von Gerechtigkeit zu reden, ist unverschämt.

Christa Kreß, Gelnhausen

Die „Wahlrakete" wird als Rohrkrepierer enden

Es besteht ohnehin schon großer Frust in weiten Teilen der Gesellschaft über die konzeptlose Strategie und fehlende richtungsweisende Politik dieser CDU-geführten Bundesregierung in der Coronakrise? Wie geht es danach weiter?

Die verfrühte Entscheidung, jetzt für knapp zehn Prozent vollständig geimpfter Bürgerinnen und Bürger weitgehende Lockerungen und mehr Freiheiten einzuräumen, wird als eine äußerst explosive, gefährliche – ja leichtfertige Handlung in diesem Stadium nach wie vor hoher Inzidenzwerte auch in Nachbarländern als unverantwortlich angesehen. Diese Entscheidung wird nicht nur von großen Teilen in der Bevölkerung als sorglos von der Bundesregierung und vor allem einiger Bundesländer betrachtet, sondern auch von vielen Epidemiologen.

Was ist das eigentliche Motiv der Bundesregierung? Steckt der Wahlkampf dahinter, da der CDU der Kittel brennt nach allen Umfragen? Oder ist es jetzt durch die Hintertür die Animation, die Bürgerinnen und Bürger zur Impfung anzufeuern, ja zu verpflichten?

Diese Vorgehensweise wird insgesamt als negativ bewertet und wird auch nicht dazu beitragen, eine positive Stimmung in der Bevölkerung zu erzeugen. Denn neben der unklaren Strategie und der Konzeptlosigkeit in dieser seit über einem Jahr bestehenden Corona-Pandemiekrise ist der überwiegende Teil der Bevölkerung verärgert und hat die „Schnauze" voll von dieser bisherigen Kopf- und Einfallslosigkeit der Bundesregierung.

Die Entscheidung, jetzt zehn Prozent Bevölkerung, da sie vollständig geimpft sind, zurzeit einen Vorteil einzuräumen, wird als ungerecht angesehen und ist ein Beweis dafür, dass eine Zwei-Klassen-Gesellschaft gefördert wird.

Viele warnen jetzt schon davor, dass diese „Wahlkampfrakete" angesichts der zurzeit noch hohen Infektionszahlen und auch hohen Überbelastungen auf den Intensivstationen als „Rohrkrepierer" zurückkommt. Dann werden sich diese CDU-geführte Bundesregierung und die Bundesländer sehr warm anziehen müssen! Es ist doch wissenschaftlich noch gar nicht genau erwiesen, wie die Infektionsverläufe und Ansteckungsgefahren auch bei vollständig geimpften Bürgerinnen und Bürgern sein werden. Oder bei den bisher Genesenen!

Rückblickend wäre der CDU-Politik in der Pandemie nicht eingefallen, eine solche verfrühte Entscheidung zu treffen, wenn am 26.09.2021 nicht Bundestagswahl.

Rudolf Knapp, Erftstadt

Man kann mit viel weniger bequem auskommen

Eins steht für uns fest: Nach der ersten Impfung werden wir nicht für einen Coronatest stundenlang Schlange stehen, um in irgendein Handelshaus eintreten oder gar nur ein gezapftes Bier trinken zu dürfen. Der Zugangsverzicht spart außerdem jede Menge Geld. Denn eins haben uns die Bundes- und Landesnotbremsen nachhaltig gelehrt: dass man mit viel weniger neuen Dingen bequem auskommt, als uns die kapitalistische Wachstumswirtschaft weismachen will. Bleibt zu hoffen, dass es vielen anderen genauso geht.

Hiltrud & Joachim Bohndorf, Bensheim

Diskussion: frblog.de/genesimpft

Alle Menschen müssen geschützt werden

Impfstoff: „Biden legt sich mit Big Pharma an" und „Branche warnt vor Lockerung des Patentschutzes", FR-Politik vom 7.5.

Es geht nicht ums Geschäft, sondern um Menschenleben

US-Präsident Biden will Lizenzen für Covid-19-Vakzine freigeben. Nicht nur Merkel widerspricht. Wie erbärmlich, wie menschenverachtend, wie … –ich weiß nicht wie ich es nennen soll. Wie dumm ist das denn? Es geht doch darum, dass alle, *alle* Menschen geschützt werden und andere schützen sollen, gerade weil alle Menschen überall hinkommen.

Die Alternative von der Kommissionspräsidentin von der Leyen lautet: „Unsere Priorität ist es, die Produktion hochzufahren, um weltweit Impfungen zu ermöglichen". Natürlich gegen Geld oder Naturalien, wie ich vermute. Ein Kommentar von Merkel zu diesem Thema: So funktioniert das Geschäft. Es geht hier nicht um ein Geschäft! Es geht um Menschenleben! Für die Elitären geht es anscheinend nur noch um's Geld.

Auch die FR-Headline signalisiert schon die befürchtete Gefahr, dass die Geldmächtigen und Aktionäre weniger Gewinn einfahren. Und die regierenden Politiker haben Angst, die Unterstützung der Mächtigen in der Wirtschaft zu verlieren. Sie haben schon seit Jahren dafür gesorgt, dass die Wirtschaftsbosse die Politik bestimmen. Das Allgemeingut bezahlen die kleinen Steuerzahler, wie sie auch die Unterstützung der Biontech-Impfproduktion in Millionenhöhe bezahlt haben. Aber mitbestimmen dürfen sie nicht, wer daran partizipieren darf.

Malies Ortmeyer, Frankfurt

Neue Mutationen können uns erreichen

Seit über einem Jahr fordert die WHO, die UN, die Mehrzahl der Länder dieser Welt und etliche Hilfsorganisationen, den Patentschutz für die Dauer der Corona-Pandemie auszusetzen. Damit auch Menschen im globalen Süden eine realistische Perspektive zur Impfung erhalten, müssen erheblich mehr Pharma-Unternehmen in mehr Ländern in die Lage versetzt werden, Impfstoffe für diese Menschen herzustellen. Allerdings ist es dazu auch notwendig, das Wissen über Zusammensetzung und Herstellung der Wirkstoffe an zertifizierte Unternehmen offenzulegen. Angesichts der Skandale um Lieferengpässe, etlicher nationaler Alleingänge und dem „Wegkaufen" vor allem zwischen den USA, Großbritannien, Bahrein, Katar, Israel und der EU halte ich es für menschenverachtend und naiv, weiterhin an der Ideologie eines „freien Wettbewerbes" der Pharma-Konzerne festzuhalten. Zumal alle vier Konzerne ihre Entwicklungen mit Hilfe erheblicher Subventionen und staatlicher Grundlagenforschung aufgebaut haben.

Sollten die Menschen in den meisten Ländern auch zukünftig nicht einmal eine mittelfristige Hoffnung auf Impfungen erhalten, besteht die Gefahr, dass immer neue Mutationen entstehen, die früher oder später auch uns wieder erreichen.

Kurt Lennartz, Aachen

Diskussion: frblog.de/patentschutz